



Genocide Alert Policy Brief 7/2011

Sudan vor der Sezession

Wie Deutschland zum Schutz der Zivilbevölkerung beitragen kann.

(David Dagan / Christoph Schlimpert / Robert Schütte)

Zusammenfassung:

Am 9. Januar 2011 wird sich die Bevölkerung des Südsudan mit überwältigender Mehrheit für eine Abtrennung ihres Landesteils vom Rest des Sudans entscheiden. Es besteht die große Gefahr, dass der Nordsudan unter Führung des vom Internationalen Strafgerichtshofs angeklagten Omar al-Bashir dies nicht gewaltlos hinnehmen wird. Insbesondere über die ölfreiche Region Abiye könnte es zu einem Waffengang kommen, dem hunderttausende Zivilisten zum Opfer fallen könnten. Deutschland sollte gemeinsam mit der Europäischen Union, den USA und den Vereinten Nationen kurzfristig Schritte einleiten, um Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung zu verhindern.

Das vorliegende Genocide Alert Policy Brief stellt Möglichkeiten dar, wie Deutschland kurzfristig einen positiven Einfluss auf die Situation im Sudan nehmen kann. Berlin kann – in Zusammenarbeit mit EU, VN und den USA - durch gezielte humanitäre Maßnahmen, diplomatische Einflussnahme und wirtschaftliche Anreize dazu beitragen, dass ein Krieg zwischen Nord- und Südsudan nicht zu einer humanitären Katastrophe eskaliert. Sollte trotz aller Bemühungen dennoch der Fall eintreten, dass es wie in der Vergangenheit zu systematischen Massenverbrechen gegen die Zivilbevölkerung kommt, sollte als letztes Mittel auch über militärische Notfallmaßnahmen zum Schutz unschuldiger Menschen nachgedacht werden.

Maßnahmen die Deutschland möglichst schnell ergreifen sollte sind

Auf humanitärer Ebene:

- sicherstellen, dass die von VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon angeforderten 63 Millionen US-Dollar zur Bereitstellung humanitärer Hilfe kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.
- den im Sudan aktiven Nichtregierungsorganisationen für den Zeitraum des Referendums sowie der folgenden Monate zusätzliche logistische und finanzielle Unterstützung anbieten.

Auf diplomatischer Ebene:

- durch öffentliche und diplomatische Kanäle Sorge über die Lage im Sudan ausdrücken und alle Seiten ausdrücklich vor Angriffen auf Zivilisten warnen.
- gemeinsam mit den Partnern in der EU konkrete diplomatische Konsequenzen für etwaige Menschenrechtsverletzungen seitens Khartums vorbereiten, und diese Khartum vermitteln.

Sudan vor der Sezession

Wie Deutschland zum Schutz der Zivilbevölkerung beitragen kann.

Auf wirtschaftlicher Ebene:

- Khartum zu verstehen geben, dass Provokationen in Folge des Referendums ein Entgegenkommen beim Schuldenerlass des Landes ausschließen würden.
- sich innerhalb der EU dafür einsetzen, gezielte Sanktionen vorzubereiten, die gegen verantwortliche Politiker, deren Familien und deren Umfeld verhängt werden könnten.

Auf sicherheitspolitischer Ebene:

- sich als Mitglied des VN-Sicherheitsrates dafür einsetzen, dass die VN-Blauhelmtuppe UNMIS uneingeschränkte Unterstützung für ihr Mandat zum Schutz von Zivilisten erhält.
- der VN kurzfristig Hilfe in Sachen Kommunikation, Nachrichtensammlung, Sicherheit und Mobilität für die UNMIS Mission anbieten.
- in Kooperation mit seinen Partnern eine Prüfung militärischer Notfalloptionen durchführen, um für den Fall vorbereitet zu sein, dass systematische Massenverbrechen gegen Zivilisten begangen werden.

Inhaltsübersicht:

1. Krisenszenarien
2. Humanitäre Vorbereitungen unterstützen
3. Durch öffentliche und diplomatische Kanäle Schutz von Zivilisten verlangen
4. Wirtschaftlichen Einfluss für den Schutz von Zivilisten einsetzen
5. Rückendeckung für Blauhelmission vor Ort zum Schutz von Zivilisten
6. Bei Massenverbrechen gegen die Zivilbevölkerung Schutzzonen militärisch absichern

1. Krisenszenarien

Der wahrscheinlichste Anstifter der Gewalt angesichts des Nord-Süd-Referendums könnte die im Nordsudan herrschende National Congress Party (NCP) von Präsident Omar al-Bashir sein. Die NCP könnte auf das Referendum durch umfassende Attacks gegen die Streitkräfte des Südens, der Sudan People's Liberation Army (SPLM), reagieren. Ebenso ist möglich, dass Stammesmilizen in Spannungsgebieten bewaffnet werden und ihnen Luftunterstützung zukommt, damit diese die Kämpfe austragen. Dieses Vorgehen ist aus dem Völkermord in Darfur sowie dem 20 Jahre dauernden Krieg zwischen Norden und Süden des Landes bekannt. Die Ziele der militärischen Aktionen der NCP könnten dabei die Verhinderung der Sezession oder der Gewinn von Einfluss in den Verhandlungen über die Art dieser Abspaltung beinhalten. Eine häufige Strategie der NCP war bisher, Menschenrechtsverbrechen zu begehen, um dann die Einstellung dieser Verbrechen als einen "bargaining chip" zu verwenden.

Es ist wahrscheinlich, dass das im Süden herrschende Sudan People's Liberation Movement (SPLM) mit Gewalt reagiert, falls der Norden sich weigert, das Referendum durchzuführen oder sein Ergebnis anzuerkennen.ⁱ Eine weitere Gefahr besteht darin, dass Militäreinheiten auf einer der beiden Seiten aufgrund schwacher Kommandostrukturen und Disziplin eigenständig Gewalt stiften könnten.ⁱⁱ Eine sogar noch größere Sorge ist, dass ethnische Spannungen auf lokaler Ebene überkochen könnten, ohne dass dafür Anstiftung von oben notwendig wäre.ⁱⁱⁱ Solche ethnischen Kämpfe haben für sich das Potenzial, zu einer großen Anzahl von zivilen Opfern zu führen. Noch gefährlicher werden diese dadurch, dass sie zu breiteren Konflikten zwischen den rivalisierenden Armeen eskalieren könnten, falls diese lokalen ethnischen Milizen zur Hilfe kommen oder sich andere Brennpunkte in dessen Folge entzünden.

2. Humanitäre Vorbereitungen unterstützen

Hilfsorganisationen im Südsudan bereiten sich auf einen humanitären Notfall vor, der durch Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Referendum zustande kommen könnte. Jegliche Gewalt würde die ohnehin schon prekäre humanitäre Lage in der Region verschlimmern. Große Teile der Bevölkerung im Südsudan leiden an Hunger; allein in diesem Jahr mussten über 200.000 Menschen wegen örtlicher Konflikte fliehen.^{iv} Für Khartum ist die Behinderung von humanitären Hilfsaktionen ein regelmäßiges Instrument der Kriegsführung und des diplomatischen Feilschens.^v Deutschland und die EU müssen sich daher durch die unten aufgeführten politischen Strategien auf eine solche Blockadepolitik seitens Khartums vorbereiten.

- **Deutschland sollte sicherstellen, dass die von VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon angeforderten 63 Millionen US-Dollar zur Bereitstellung humanitärer Hilfe kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.**^{vi} Falls notwendig, sollte Deutschland die gesamte Summe aufbringen und im Nachhinein von anderen Ländern eine

Sudan vor der Sezession

Wie Deutschland zum Schutz der Zivilbevölkerung beitragen kann.

Kostenerstattung erbitten, damit die Last gerecht verteilt wird. Auf diese Weise könnte eine ausreichende Erstversorgung von Flüchtlingen und Gewaltopfern geleistet werden.

- **Die Bundesregierung sollte den im Sudan aktiven Nichtregierungsorganisationen für den Zeitraum des Referendums sowie der folgenden Monate gesonderte logistische und finanzielle Unterstützung anbieten.**

3. Durch öffentliche und diplomatische Kanäle Schutz von Zivilisten verlangen

Diplomatische Druckmittel und öffentliche Stellungnahmen sind wirkungsvolle Instrumente gegenüber dem sudanesischen Regime, das vor dem Hintergrund des internationalen Haftbefehls gegen seinen amtierenden Präsidenten wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach internationaler Anerkennung strebt. Deutschland sollte sich außerdem nicht vor offener Unstimmigkeit mit Chinas Sudanpolitik scheuen. Wenn China wie zuvor effektive Maßnahmen des VN-Sicherheitsrates blockiert, sollten Deutschland und die EU die Entschlossenheit haben, dies öffentlich zu kritisieren.

- **Regierung und Opposition sollten öffentlich ihre Sorge über die Lage im Sudan ausdrücken und alle Seiten ausdrücklich vor Angriffen auf Zivilisten warnen.**
- **Dieselbe Botschaft sollte Deutschland umgehend dem sudanesischen Botschafter erläutern sowie über alle diplomatischen Kanäle bekräftigen.**
- **Deutschland sollte gemeinsam mit seinen Partnern in der EU konkrete diplomatische Konsequenzen vorbereiten und diese auch Khartum vermitteln.** Die Maßnahmen könnten von einer Einbestellung des sudanesischen Botschafters in Berlin bis hin zur Abrufung des deutschen Botschafters aus Khartum reichen.
- **Deutschland sollte sein enges Verhältnis zu China und zu großen Teilen der arabischen Welt nutzen um diese Länder zu ermutigen eine produktive Sudanpolitik einzuleiten.**

4. Wirtschaftlichen Einfluss für den Schutz von Zivilisten einsetzen

Als Sudans zweitgrößter Handelspartner (nach China) hat die Europäische Union gegenüber Khartum einen wesentlichen Einfluss.^{vii} Bisher hat sich die EU nicht dazu durchgerungen, ihren Einfluss für den Schutz von Zivilisten im Sudan zur Wirkung zu bringen.^{viii} Immer wieder haben sich europäische Staats- und Außenminister geweigert, bedeutende Sanktionen gegen den Sudan einzuleiten – obwohl sie mehr als 50 Mal ihr großes „Besorgnis“ über die

Sudan vor der Sezession

Wie Deutschland zum Schutz der Zivilbevölkerung beitragen kann.

Gewalt in Darfur zum Ausdruck brachten.^{ix} Jetzt haben Deutschland und die EU die Möglichkeit, ihre wirtschaftliche Kraft als Hebel zum Schutz der sudanesischen Bevölkerung anzusetzen, indem sie glaubhaft mit gezielten Sanktionen und mit der Ablehnung des für Khartum wichtigen Schuldenerlass droht. Eine glaubhafte Drohung mit gezielten personenbezogenen Sanktionen ist wichtig und kurzfristig durchführbar. Deutschland sollte hier eine Führungsrolle spielen. Mit Blick auf die kommende kritische Zeit sollte Berlin dringend auf EU Ebene Diskussionen über gezielte personenbezogene Sanktionen einleiten, die bei kontraproduktiven Verhalten einzusetzen sind, und dieses Vorhaben der sudanesischen Führung vermitteln.

Eine große Möglichkeit besteht in einem potenziellen Schuldenerlass für Khartum. Der Sudan ist mit rund \$35 Milliarden Dollar verschuldet.^x Das Land hat schon seit vielen Jahren massive Schuldenrückstände bei den internationalen Finanzinstituten (sogenannte IFIs, z.B. IWF) und bei Mitgliedern des „Paris Club“ der Gläubiger-Staaten. Khartum hat sein Problem in den letzten zehn Jahren noch verschlimmert, indem es neue Schulden in Milliardenhöhe bei China und arabischen Gläubigern verbuchte. Diese waren bereit zu zahlen, da das Ölgeschäft im Sudan boomte. Nun aber sind die Ölpreise wieder gesunken und Khartum fehlt die Rückzahlkraft. Seit über einem Jahr bemühen sich sudanesischen Regierungsmitglieder daher auf bilateraler wie multilateral Ebene um Schuldenerlass. Der EU Ministerrat ist sich der Möglichkeiten auf diesem Gebiet bewusst. Die Minister ließen den Sudan zuletzt sogar öffentlich wissen, dass „die Einhaltung der Verpflichtungen unter dem Comprehensive Peace Agreement (dem Vertrag der die Sezession des Südens regelt) und in Darfur diesen Prozess (des Schuldenerlasses) positiv beeinflussen würde.“^{xi}

- **Die EU sollte Khartum zu verstehen geben, dass Provokationen oder sogar der Griff zu den Waffen in Folge des Referendums ein Entgegenkommen beim Schuldenerlass des Landes ausschließen würde.** Deutschland muss hier die Führung übernehmen, wenn notwendig auch bilateral. Deutschland kann erklären, dass es seine Position beim IWF und im Paris Club nutzen wird, um bei kontraproduktiven Schritten eine Entlastung für den Sudan zu blockieren, der bis dato mit 35 Milliarden US-Dollar verschuldet ist.
- **Deutschland sollte sich innerhalb der EU dafür einsetzen, gezielte Sanktionen vorzubereiten, die gegen verantwortliche Politiker, deren Familien und deren Umfeld verhängt werden können.** Maßnahmen sollten sich gegen die Regimeführung in Khartum und wenn notwendig auch gegen Politiker im Süden richten - z.B. durch das Einfrieren von Bankkonten und ein EU Einreiseverbot. Die EU hat im Fall der Elfenbeinküste ähnliche Sanktionen gegen den abgewählten Präsidenten Gbagbo verhängt und sollte nicht davor zurückschrecken, ähnlich im Falle des Sudans zu verfahren.

5. Rückendeckung für Blauhelmission vor Ort zum Schutz von Zivilisten

Obwohl UNMIS über ein Mandat zum Schutz von Zivilisten nach Kapitel VII der VN-Charta verfügt, ist die Truppe in erster Linie als eine Beobachtermission konzipiert und aufgestellt worden, mit dem Auftrag die Umsetzung des Nord-Süd Friedensvertrags von 2005 zu verfolgen und VN Personal und Anlagen zu beschützen. VN-Mitarbeiter haben wiederholt bekräftigt dass die militärische Kapazität für einen effektiven Schutz von Zivilisten fehlt, obwohl der Sicherheitsrat seine Erwartungen in diesem Rahmen stetig erhöht hat.^{xii} Laut Analysten der NGO Refugees International ist es „zu spät um Probleme von Personal und Mitteln zu beheben.“^{xiii} Dennoch ist UNMIS nicht machtlos. Im Gegenteil – die UNMIS Führung hat seit 2008 vieles getan, um den Schutz von Zivilisten zu verbessern. Unter anderem wurde eine Zivilistenschutzstrategie erarbeitet, die als Modell für andere UNO Mission gilt.^{xiv} UNMIS hat sich bemüht, die ungenaue Formulierungen seines Zivilistenschutz-Mandats zu verdeutlichen, Einheiten flexibel dorthin zu schicken wo sie gebraucht werden, und gewalttätige Auseinandersetzungen durch präventive Vermittlungsmaßnahmen zu verhindern.^{xv} Deutschland sollte sich als Mitglied des VN-Sicherheitsrats dafür einsetzen, dass die UNMIS für die Um- und Durchsetzung der neuen Strategie und Einstellung die notwendige Bestätigung von der militärischen und politischen Führung in New York und von den truppenstellenden Ländern bekommt.^{xvi}

- **Deutschland sollte sich als Mitglied des VN-Sicherheitsrates dafür einsetzen, dass UNMIS uneingeschränkte Unterstützung für ihr Mandat zum Schutz von Zivilisten erhält.** Im Idealfall sollten diese Blickweise noch durch eine Sicherheitsrats-Resolution vor dem Referendum bekräftigt werden.
- **Deutschland sollte der VN kurzfristig Hilfe in Sachen Krisenplanung, Kommunikation, Nachrichtensammlung, Rüstung und Sicherheit, oder Mobilität (besonders Flugmobilität) für die UNMIS Mission anbieten.** Deutschland sollte außerdem andere Länder ermutigen, nachrichtendienstliche Informationen unmittelbar mit der UNMIS zu teilen.
- **Deutschland sollte alle Parteien des Konflikts öffentlich warnen, dass Verstöße gegen Menschenrechte sowie das humanitäre Völkerrecht geahndet werden. UNMIS muss hierfür die notwendigen Überwachungsfunktionen übernehmen.**

6. Bei Massenverbrechen gegen die Zivilbevölkerung Schutzzonen militärisch absichern

Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2005 einstimmig beschlossen, dass jeder Staat die Verantwortung zum Schutz seiner Bevölkerung vor Massenverbrechen hat. Sollte ein Staat nicht willens oder nicht fähig sein, dieser Verantwortung nachzukommen, hat die internationale Gemeinschaft die Verantwortung zur Verhinderung und Beendigung solcher Massenverbrechen. Vor diesem Hintergrund könnte im Rahmen des Referendums eine Situation entstehen, in der als letztes Mittel ein beschränkter militärischer Einsatz zum Schutz gefährdeter Zivilisten bzw. zur Beendigung schwerster Menschenverbrechen notwendig wird. In einem solchen Falle muss möglichst schnell reagiert werden um den Tod hunderttausender unschuldiger Menschen zu verhindern. Deutschland sollte gemeinsam mit seinen Partnern in der EU, AU, NATO und VN Notfallpläne für diesen schlimmsten aller Fälle ausarbeiten.^{xvii} Konkret könnte dies Aufstellung militärisch gesicherter Schutzzonen bedeuten. Darüber hinaus muss im Extremfall der Zugang humanitärer Organisationen zu den hilfsbedürftigen Menschen hergestellt werden. Die notwendige Kapazitäten zu einem kurzfristigen Einsatz hat die EU mit ihren Battlegroups.^{xviii}

- **Deutschland sollte in Kooperation mit seinen Partnern eine Prüfung militärischer Optionen durchführen, um für den Fall vorbereitet zu sein, dass systematische Massenverbrechen begangen werden.**
- **Im diesem Fall sollte Deutschland den schnellen Einsatz einer EU-Battlegroup als Maßnahme der „Schutzverantwortung“ prüfen, um ausreichend militärisch gesicherte Schutzzonen zu schaffen.**

Endnoten

ⁱ Council on Foreign Relations – Center for Preventive Action, *Renewed Conflict in Sudan*, by Katherine Almquist, contingency planning memorandum no. 7 (New York: CFR, March 2010).

ⁱⁱ Ebenda

ⁱⁱⁱ Manche Beobachter sehen dies inzwischen als die primäre Gefahr im Sudan. Maggie Fick. „Sudan’s War Inside.“ *Foreign Policy*, 21 Oct. 2010. Siehe auch Oxfam International, *Rescuing the Peace in Southern Sudan*, by Maya Mailer and Lydia Poole, Joint NGO Briefing Paper (London: January 2010), 10.

^{iv} United Nations Mission in Sudan, *Scary Statistics – Southern Sudan*. Nov. 2010.

^v Siehe z.B. Eric Reeves. “The Terror in Sudan.“ *The Washington Post*, 6 July 2002.

^{vi} „Ban Expresses Concern Over Prospects for Violence.“ Sudan Tribune, 16 Nov. 2010. Siehe auch UNMIS, *Transcript of the Press Conference by Georg Charpentier, Deputy Special Representative of the Secretary-General and the United Nations Resident Coordinator and Humanitarian Relief Coordinator in Sudan, UNMIS HQ, Khartoum*, 24 Nov. 2010.

^{vii} World Trade Organization, *Sudan*, Trade Profiles, October 2010.

^{viii} Die jetzigen minimalen Sanktionen beschränken sich auf ein Waffenembargo und gezielte Maßnahmen gegen vier Personen denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden. European Commission, *Restrictive Sanctions in Force*, 3 Dec. 2010.

^{ix} Chris Patten. “Sudan’s Crimes Against Humanity Need Real EU Action, Not Empty Words.” *The Irish Times*, 28 March 2007; Amnesty International, *EU-Sudan: One More Statement of Concern is Not Good Enough*, press release (Brussels: 23 April 2007).

^x Ein tiefgreifende Analyse der sudanesischen Schuldenlage ist hier auf Englisch zu finden: Center for Global Development, *Sudan Debt Dynamics: Status Quo, Southern Secession, Debt Division, and Oil - A Financial Framework for the Future*, by Benjamin Leo, working paper 233 (Washington, D.C.: Center for Global Development, Dec. 2010). Eine Minderheit der Schulden würden dem Südsudan bei seiner Unabhängigkeit wahrscheinlich zugerechnet werden. Dies wird sicherlich auch ein Thema bei den Nord – Süd Verhandlungen über die Sezession sein; somit muss auch eine robustere Schuldenerlasspolitik vorsichtig gestaltet sein, um etwaige Komplikationen bei den Verhandlungen zu vermeiden.

^{xi} Council of the European Union, *Council Conclusions on Sudan: 3048th Foreign Affairs Council Meeting* (Brussels: 22 Nov. 2010).

^{xii} Ein hochrangiger UNMIS Offizier sagte zum Beispiel: “Any protection to civilians which the UNMIS Military would provide would be incidental [...]. The UNMIS military force level is inadequate to ensure assured protection to civilians in the entire CFZ [Ceasefire Zone].” UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs and UN Department of Peacekeeping Operations, *Protecting Civilians in the Context of UN Peacekeeping Operations: Successes, Setbacks and Remaining Challenges*, by Victoria K. Holt and Glyn Taylor, commissioned independent report, 203 (New York: UN, 2009).

^{xiii} Refugees International, *Sudan: No Complacency on Protecting Civilians*, by Limnyuy Konglim and Erin A. Weir, field report, 4 (Washington, D.C.: 2010, Refugees International).

^{xiv} Refugees International, *No Complacency*, 2. Für eine allgemeine Darstellung der Strategie siehe UN Security Council, *Report of the Secretary-General on the United Nations Mission in the Sudan, S/2010/168*, 12-13 (New York: April 2010).

Sudan vor der Sezession

Wie Deutschland zum Schutz der Zivilbevölkerung beitragen kann.

^{xv} Nelly Sarbathes, "Implementing and Operationalizing Protection of Civilians with the United Nations Mission in Sudan: the Case of Abyei" (paper presented at Protecting People in Conflict & Crisis: Responding to the Challenges of a Changing World, University of Oxford, Refugee Studies Centre, 22-24 Sept. 2009). Mehrere Autoren schreiben der UNMIS die Deeskalation potenzieller Konflikte zu: NYU Center on International Cooperation, *Peacekeeping in Sudan: The Dynamics of Protection, Partnerships and Inclusive Politics*, by Alhaji M.S. Bah and Ian Johnstone, occasional policy paper, project on Global Peace Operations (New York: Center on International Cooperation, May 2007); Nina McMurry, "Protection in Practice: The Role of Peacekeepers in Southern Sudan," Henry L. Stimson Center, 7 Dec. 2009; UN, *S/2010/168*, 9, 12-13; UN Security Council, *Report of the Secretary-General on the United Nations Mission in the Sudan, S/2010/31*, 8-9 (New York: January 2010). Siehe auch Refugees International, *No Complacency*, 2, und Oxfam, *Rescuing the Peace*, 16. Dennoch beobachten manche Analysten eine Abneigung, wo notwendig in tatsächliche Kämpfe zu intervenieren. McMurry, "Protection in Practice." Siehe auch Security Council Report, *Cross-Cutting Report on Protection of Civilians in Armed Conflict no. 3* (New York: Security Council Report, October 2010), 15.

^{xvi} Oxfam, *Rescuing the Peace*, 15. Refugees International, *No Complacency*, 4.

^{xvii} Ein UNO Flugverbot besteht – nur theoretisch – seit 2005 über Darfur. Experten schätzen dass ein Flugverbot über einem Gebiet so groß wie der Südsudan nur mit großen Schwierigkeiten durchzusetzen wäre. Zu einer Hafenblockade bemerkt Almquist: "An effective blockade of Port Sudan would disrupt arms flows and major economic activity for the north, severely challenging the regime's survival, but would need to be balanced with the political and civil unrest likely to ensue in northern Sudan, as well as the spillover effect on the south and the economic harm it would suffer from loss of oil revenue." CFR, *Renewed Conflict*, 7.

^{xviii} 2003 haben europäische Soldaten in der sogenannten „Operation Artemis“ kurzfristig einen Flughafen und Flüchtlingslager in der Demokratischen Republik Kongo gesichert. [Deutscher Bundestag. *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrich Heinrich Heinrich ... und der Fraktion der FDP*, Drucksache 15/1766 (Berlin: 10 Nov. 2003)] Seitdem hat sich die EU mit seinem „Battle Group“ Konzept bemüht, jederzeit schnelle Eingreifverbände in Bereitschaft zu halten – obwohl es unklar ist, ob der politische Wille besteht, diese Einheiten in Krisensituationen auch wirklich zu nutzen. 2008 haben Großbritannien und Deutschland zum Beispiel eine Bitte der UNO zurückgewiesen, eine EU Battle Group in den Kongo zu schicken um Zivilisten zu schützen bis mehr Blauhelme in die Region geschickt werden könnten. [Ian Traynor and Julian Borger. "UK blocking European Congo Force: Miliband Rejects Calls for EU Troops to Avert Humanitarian Catastrophe," *The Guardian*, 12 Dec. 2008.] Siehe auch [Fundación Alternativas, Friedrich-Ebert-Stiftung und Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS-France), *European Union Security and Defence White Paper: A Proposal*, by Borja Lasheras et. al. (January 2010), 51-52] und [Groupe de Recherche et d'Information sur la Paix et la Sécurité, *Les Groupements Tactiques de l'Union Européenne*, by Caroline Henrion, note d'analyse (Brussels: GRIP, January 2010).] Zum Stand der Battle Groups: Bundeswehr, *Battlegroup: Schnell Bereit für Weltweite Einsätze* (Berlin: Bundeswehr, 1 Dec. 2010); Council of the European Union, *EU Battlegroups* (Brussels: EU, July 2009).